

AKTUELL

STRUKTURELLE MANGEL

Aufnahmepolitik verschärft Prekarität

María Elorza Saralegui

Heime, die schließen, abgelaufene Fristen und rechtlich unzulässige Verträge erhöhen das Risiko der Obdachlosigkeit für Flüchtlinge in Luxemburg.

Die Flüchtlingsunterkunft in Eich sollte ursprünglich im November den Betrieb einstellen. „Mit Blick auf die kommenden Wintermonate“ wurde die Schließung nun auf das Frühjahr 2025 hinausgezögert, teilt das Familienministerium der woxx mit. Schon am Montag, dem 23. September, hatte die Commission consultative des droits de l'homme (CCDH) in einer Mitteilung warnend reagiert: Das Ministerium komme seiner Verantwortung, Personen mit internationalem Schutzstatus bei der Wohnungssuche zu unterstützen, nicht nach. Die Aufnahmepolitik, die sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft, beeinträchtige das Selbständigenwerden der Flüchtlinge. Daran ändere auch die Verschiebung der Schließung nichts, so die Juristin Charlotte Brouxel. Die sei bloß eine „provisorische Lösung“.

Beantragt eine Person in Luxemburg Asyl, kommt sie in eine Unterkunft wie jener in Eich unter. Sobald ihr Schutzantrag jedoch bewilligt worden ist, muss sie als „Bénéficiaire d'une protection internationale“ (BPI) eine sogenannte „indemnité d'occupation“ bezahlen, um in den seit Jahren überlasteten Strukturen wohnen bleiben zu dürfen. Das Problem: Ohne die nötige Unterstützung ist die Wohnungssuche auf dem hiesigen Markt schwierig, BPIs bleiben weiterhin in den Unterkünften. Dafür müssen sie jedoch einen Vertrag mit dem Office national d'accueil (ONA) unterschreiben. Dieser sei alles andere als ordnungsgemäß, kritisiert die CCDH. Die monatliche Gebühr etwa erhöhe sich für alleinstehende Personen schrittweise. Auf die Nachfrage der woxx, wie viel sie beträgt, gibt das Ministerium keine genaue Antwort. Aus einer parlamentarischen Frage des Abgeordneten Sven Clement vom Februar 2019 geht hervor, dass damals der Betrag im Durchschnitt zwischen 250 und 450 Euro im Monat lag.

Zudem beinhaltet der Vertrag eine festgelegte Ablauffrist und keinerlei Garantien, die ein normgerechter Mietvertrag umfasst. Sollte es zu einem Rechtsstreit kommen, schreibt die CCDH, „können die einseitige Verpflichtung des ONA zu einer Rechtsunsicherheit führen“. Dies sei umso beorgnisregender, als das ONA in den

letzten Jahren zunehmend Gerichtsverfahren gegen Flüchtlinge, deren Unterkunftsfrist abgelaufen ist, einleitet. „Darüber hinaus siedelt das ONA im Falle der Schließung eines Heims die BPIs, die die ursprünglich vorgesehene Frist überschritten haben, nicht um“, kritisiert die CCDH.

Keine Wohnalternativen

In Reaktion auf die Kritik erklärt das Familienministerium, BPIs hätten die gleichen sozialen Rechte wie luxemburgische Bürger*innen. Dies ist jedoch nicht ganz richtig. Im Ausland etwa dürfen Personen mit Schutzstatus nicht leben, der oft erschwinglichere Wohnungsmarkt der Grenzregion steht ihnen also nicht zur Verfügung. Leben die Personen in den Unterkünften, berechtigt der Vertrag sie nicht zu den staatlichen finanziellen Miethilfen – dies, obwohl die Höhe des Betrags (ein Drittel des Einkommens) den Personen Anspruch auf eine finanzielle Unterstützung geben müsste, wendet Brouxel ein.

Dadurch setze die „zunehmend strengere“ Politik des ONA die finanzielle Abhängigkeit der Flüchtlinge nicht nur fort, sondern verschlimmere ihre soziale Prekarität nur noch weiter. Dabei liegt es in der Verantwortung des Staates, BPIs zu schützen. Dazu zählt auch der Schutz des Rechts auf eine geeignete Unterkunft, wie im Artikel 40 der Verfassung vorgesehen. Die Unterstützung bei der Wohnungssuche ist deshalb „ein wesentlicher Schritt in ihrer Integration“, der ab Erlangung des Schutzstatus geschehen muss, so die CCDH. Zudem sollen dem ONA und dem Office Social, unter deren Verantwortung BPIs fallen, mehr Mittel bereitgestellt werden, um deren Zusammenarbeit zu verbessern.

Über die Schließung der einem Privateigentümer gehörenden Unterkunft in Eich – die eine Kapazität von 70 Betten hat und in der rund die Hälfte der Personen einen Schutzstatus haben – informierte das Ministerium die Bewohner*innen nach einer Sitzung im Februar 2024. Bis heute habe das Ministerium den BPIs jedoch keine Wohnalternativen angeboten, so die CCDH. Sie fordert „eine umfassende Politik für den Zugang zu Wohnraum auf dem privaten oder sozialen Markt, die eine effektive Beteiligung der Gemeinden stärkt, insbesondere durch die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum.“

SHORT NEWS

L'index fait reculer la pauvreté

(fg) – En 2023, le taux de risque de pauvreté a touché 18,3 % de la population, selon des chiffres du Statec basés sur des prévisions. Cela représente une légère baisse par rapport à l'année précédente, où ce risque concernait 18,8 % des résident·es, selon le rapport « Travail et cohésion sociale en 2024 », que vient de publier l'institut statistique. Cette diminution est corrélée à une augmentation du revenu moyen dont disposent les ménages, passant de 7.259 euros mensuels à 7.662 sur un an. « L'explication de cette hausse réside en grande partie dans les indexations de février, d'avril et de septembre 2023 », affirme le Statec, validant ainsi l'utilité du dispositif d'adaptation des salaires à l'inflation pour lutter contre la pauvreté. Si le grand-duc se situe en dessous de la moyenne européenne (21,4 %), il n'en demeure pas moins le neuvième pays de l'UE où ce taux est le plus élevé. De la même manière, « le Luxembourg reste parmi les pays les moins bien classés de l'UE » pour le taux de pauvreté des moins de 18 ans. Il atteignait 24 % des mineur·es en 2023, représentant néanmoins une baisse conséquente de 4 points par rapport à l'année précédente. Le Statec attribue ce résultat « au bénéfice du chèque-service accueil, qui améliore le niveau de vie des ménages ». Mais il note aussi que ce taux grimpe spectaculairement à 44 % dans les familles monoparentales. Plus largement, ces chiffres montrent la persistance d'importantes inégalités, alors que le pays dispose du PIB par habitant·e le plus élevé de l'UE.

La suppression du commissariat à l'Emploi inquiète

(ts) – La Confédération européenne des syndicats (CES) s'alarme de la suppression du poste de commissaire à l'Emploi et aux droits sociaux, en place depuis les années 1970 et occupé lors de la dernière mandature par le Luxembourgeois Nicolas Schmit, au profit d'un portefeuille intitulé « Personnes, compétences et préparations ». Dans une lettre adressée à la présidente de la Commission européenne Ursula von der Leyen et diffusée mercredi, la CES juge cette décision « en décalage avec la réalité ». La Confédération, qui regroupe la plupart des organisations syndicales européennes et représente les intérêts des travailleur·euses, s'inquiète de voir l'importance du travail et des travailleur·euses « minimisée ». « L'Europe est aujourd'hui confrontée à une urgence en matière d'emplois de qualité et de justice sociale. Les discriminations se multiplient et nombreux sont ceux qui craignent pour leur avenir économique et professionnel », rappelle la CES par la voix de sa secrétaire générale, Esther Lynch. Dans un contexte de crise de l'emploi et face à la montée de l'extrême droite en Europe, elle exhorte la présidente von der Leyen de revenir à une référence explicite aux « emplois de qualité et aux droits sociaux » et à présenter dans les 100 premiers jours de la mandature « des propositions législatives nécessaires pour garantir des emplois de qualité ».

Trotz Lichtblicken: Weiteres Aussterben von Vogelarten

(mes) – Der Rückgang vieler einst häufiger Vogelarten ist „deutlich“, kommentiert natur&émwelt den Bestand der Brutvögel. Nach fünf Jahren hat die Umwelt-NGO eine aktualisierte rote Liste veröffentlicht: Der Wachtelkönig und das Haselhuhn zählen künftig zu den in Luxemburg insgesamt vierzehn ausgestorbenen Brutvogelarten (12 Prozent). Während die einst häufigen Raubwürger, Feldschwirle und fünf andere Arten als vom Aussterben bedroht gelten, ist der Feldsperling nur noch im Norden und Osten des Landes vorzufinden. Die Schleiereule ist ihrerseits stark gefährdet. Insgesamt befinden sich 66 Arten (62 Prozent aller Arten) auf der Vorwarnliste oder sind in irgendeiner Weise gefährdet, gar ausgestorben. Und auch wenn einzelne Bestände sich durch gezielte Schutzprojekte erholt haben, ist das Vorkommen der Brutvögel nicht gesichert. „Die Bestände einiger einst häufiger Arten nehmen derart schnell ab, dass diese womöglich bald zu den am meist gefährdeten Arten gehören werden“, so die NGO. Um dem negativen Trend entgegenzuwirken, braucht es „grundlegende Veränderungen“. Neben dem Wandel des Klimas, der insbesondere Zugvogelarten betrifft, leiden Bestände unter der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensräume – zwei Drittel davon sind in einem unzureichenden oder schlechten Zustand. Es bräuchte deshalb eine effiziente Wiederherstellung dieser insektenreichen Habitate. Diese könne zudem als Einnahmequelle für Landwirt*innen dienen, so die NGO, die warnt: Die von der Regierung angekündigten Prozedurvereinfachungen in den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft und Wohnungsbau seien da die „falsche Priorität“.